

Florian Drinhausen

Die Auswirkungen
der Staatensukzession
auf Verträge eines Staates
mit privaten Partnern

Dargestellt mit besonderen Bezügen
zur deutschen Wiedervereinigung



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

Gliederung

§ 1	Einleitung	
A:	Einleitung und Problemstellung	1
B:	Zum Untersuchungsgegenstand	2
	I. Begriffsbestimmung für die Untersuchung	3
	II. Die sukzessionsrechtlich nicht relevanten Tatbestände	5
	1. Keine Staatensukzession bei Revolution	5
	2. Keine Sukzession bei "occupatio bellica"	6
	3. Keine Staatensukzession bei Zusammenschluß von Völkerrechtssubjekten zu einem Staatenbund oder vergleichbaren Verbindungen	7
	4. Keine Staatensukzession bei Staatenbildung auf staatsfreiem Territorium oder physischem Untergang von Staatsgebiet oder Staatsvolk	7
	5. Keine Staatensukzession bei mittelbarer Gebietsnachfolge	8
	6. Keine sukzessionsrechtlichen Probleme bei Gebietsersitzung	8
	III. Die sukzessionsrechtlich zu behandelnden Tatbestände	9
	1. Staatensukzession mit Untergang des Vorgängerstaates	9
	2. Staatensukzession ohne Untergang des Vorgängerstaates	10
	3. Eingliederung in einen Bundesstaat als Staatensukzession	11
	4. Zusammenfassung	13
§ 2	Besonderheiten des Vertragsschlusses im sozialistischen Rechtssystem, dargestellt am Beispiel der DDR und der UdSSR	14
A:	Deutsche Demokratische Republik	15
	I. Binnenverträge	15
	II. Außenwirtschaftsverträge	17
	1. Theoretische Grundlagen	17
	2. Praktische Ausgestaltung	18
	3. Durchführung des Außenhandels	18
B:	Sowjetunion	19
	I. Schuldverhältnis im Allgemeinen	20
	II. Außenwirtschaft	20
C:	Zwischenergebnis	22
§ 3	Identifizierung des staatlichen Partners	22
A:	Einheit von Staat und Wirtschaft innerhalb des sozialistischen Staates	22
B:	Möglichkeiten des Durchgriffs	23
	I. Der formaljuristische Standpunkt	24
	II. Die funktionale Betrachtungsweise	25
	1. Theorie des funktionalen Durchgriffs	25
	a) Unmittelbare Beteiligung des Staates	26
	b) Mittelbare Beteiligung des Staates	26
	aa) Rechtsschein	26
	bb) Durchführung hoheitlicher Aufgaben	27

cc)	Völkerrechtliche Verantwortlichkeit des Heimatstaates	27
dd)	Rechtsakte des Heimatstaates	28
2.	Gerichtsentscheidungen	29
3.	Kollisionsrechtliche Anknüpfung	30
III.	Entwurf der Harvard Law School	31
IV.	Kritik an den einzelnen Auffassungen	31
1.	Zulässigkeit der funktionalen Betrachtung	31
2.	Kollisionsrechtliche Anknüpfung	33
3.	Kriterien der internationalen Identifizierung	37
C:	Die Identifizierung von Staatsunternehmen aus sozialistischen Ländern mit ihren Heimatstaaten	39
I.	Deutsche Demokratische Republik	40
1.	Stellung der Staatsbetriebe im Allgemeinen	40
2.	Regelungen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung	43
a)	Regelung für Volkseigene Betriebe	43
b)	Regelung für Außenhandelsbetriebe	44
3.	Zusammenfassung und Zwischenergebnis	45
II.	Sowjetunion	46
III.	Zwischenergebnis	47
§ 4	Der völkerrechtliche Ausgangspunkt für die Untersuchung	47
A:	Völkerrechtliche Konventionen	49
B:	Völkerrechtlicher Eigentumsschutz	49
C:	Schicksal der Rechtsordnung	51
I.	Die Hoheitsgewalt als Grundlage für die Geltung der Rechtsordnung	52
II.	Der Wille der Bevölkerung als Grundlage für die Geltung der Rechtsordnung	53
III.	Zwischenergebnis	57
§ 5	Völkerrechtstheoretische Ansätze zu den Auswirkungen der Staatensukzession auf Verträge des Vorgängerstaates mit privaten Partnern	57
A:	Keine Übernahme von Verbindlichkeiten	57
B:	Übernahmetheorien	59
I.	Die Anwendung des Grundsatzes "res transit cum onere suo"	60
1.	Vereinigte Staaten von Amerika	60
2.	Die Ansicht von Verdroß/Simma	61
3.	Die Ansichten von Dahm/Delbrück/Wolfrum; Ipsen und Cavaglieri	61
II.	Theorien, die eine gewohnheitsrechtliche Verpflichtung bejahen	62
1.	Die Ansicht Hubers	62
2.	Die Theorie Keiths	62
3.	Die Theorie Guggenheims	63
4.	Die Ansicht Feilchenfelds	64
5.	Die Ansicht Moslers	65
6.	Die Ansicht O'Connells	66
7.	Die sowjetische Ansicht	67
8.	Die Ansicht Ebenroths	67

III.	Das Problem der Staatensukzession mit besonderem Bezug zur Theorie des beschränkt völkerrechtlichen Vertrages	68
1.	Rechtsslage mit Überleitungsabkommen	68
2.	Rechtsslage ohne Überleitungsabkommen	68
C:	Zusammenfassung und Zwischenergebnis	71
§ 6	Staatenpraxis zu Verträgen des Vorgängerstaates mit privaten Partnern	71
A:	Gang der Untersuchung	71
B:	Staatenpraxis zu Rechten an Sachvermögen	74
I.	Zession Javas 1830	74
II.	Annexion der Fidji-Inseln 1874	75
III.	Zession der Sulu-Inseln 1876	76
IV.	Zession von türkischem Staatsgebiet 1885	76
V.	Protectorat über die Gilbert-Inseln 1892	76
VI.	Friedensvertrag von St. Germain vom 10. Oktober 1919	77
VII.	Entscheidungen im Zusammenhang mit Oberschlesien 1919	77
1.	German Settlers Case	77
2.	Chorzow Factory Case	79
VIII.	Sonstige Gerichtsentscheidungen 1924-1949	79
IX.	Friedensvertrag mit Italien 1947	80
X.	Dekolonisation	81
C:	Staatenpraxis zu Konzessionen	81
I.	Zessionsverträge zwischen 1813 und 1869	82
II.	Zession der Ionischen-Inseln 1864	83
III.	Übernahme des Gebietes von Elsaß-Lothringen	83
IV.	Das deutsch-britische Sansibar-Abkommen 1890	83
V.	Zession der Provinz Tarapacá von Peru an Chile 1883	83
VI.	Annexion Madagaskars 1896	84
VII.	Die Übernahme Kubas und der Philippinen 1898	84
VIII.	Die Annexion der Burenrepubliken 1900	85
IX.	Gerichtsentscheidungen zur "Act of State Doctrine"	86
X.	Annexion Koreas 1910	87
XI.	Friedensvertrag von Athen 1913 und der Vertrag von Rapallo 1920	87
XII.	Das deutsch-polnische Oberschlesienabkommen	87
XIII.	Die Auflösung des Ottomanischen Reiches	88
XIV.	Entscheidungen anderer Gerichte und Schiedsgerichte	88
XV.	Annexion Abessiniens 1936	89
XVI.	Friedensvertrag mit Italien	90
XVII.	Konzessionen in Israel	90
XVIII.	Dekolonisation	90
D:	Staatenpraxis zu sonstigen vertraglichen Verbindlichkeiten	91
I.	Vertrag von Campo Formio 1797	91
II.	Verträge zwischen 1803 und 1860	92
III.	Zession der Ionischen-Inseln 1864	92
IV.	Verträge von Wien 1864 und 1866	93
V.	Zusatzvereinbarung von Frankfurt	93
VI.	Gerichtsentscheidungen 1871-1878	93
VII.	Vertrag von Berlin 1885	94
VIII.	Annexion Burmas 1896	94
IX.	Annexion der Burenrepubliken 1900	94

X.	Friedensvertrag von St. Germain 1919	95
XI.	Entscheidungen polnischer Gerichte nach dem ersten Weltkrieg	95
XII.	Dekolonisation	95
XIII.	Friedensvertrag mit Italien 1946	97
E:	Staatenpraxis zu Staatsschulden	97
I.	Die Auflösung der Vereinigten Niederlande 1830 und der Union von Kolumbien 1829	98
II.	Italien 1860	99
III.	Zession der Ionischen-Inseln 1864	99
IV.	Preußische Annexionen bis 1866 und Bildung des Deutschen Reiches 1871	99
V.	Entscheidungen Italienischer Gerichte	100
VI.	Einverleibung von Texas in die Vereinigten Staaten von Amerika 1844	100
	1. Pledged debts	101
	2. Unpledged debts	102
VII.	Annexion der Fidji-Inseln 1874	103
VIII.	Französische Annexionen zwischen 1880 und 1896	103
IX.	Vertrag von Berlin 1885	104
X.	Einverleibung Hawaiis 1898	104
XI.	Annexion Kubas und der Philippinen 1898	104
XII.	Annexion der Burenrepubliken 1900, des Kongos 1907 und Koreas 1910	104
XIII.	Frieden von Neuilly und Versailles 1919	105
XIV.	Entscheidungen des Reichsgerichts	105
XV.	Ottomanische Staatsschuld 1925	105
XVI.	Anschluß Österreichs 1938 und seine Lösung von Deutschen Reich 1947	105
XVII.	Friedensvertrag mit Italien nach dem zweiten Weltkrieg	106
XVIII.	Das Londoner Schuldenabkommen 1953	106
XIX.	Dekolonisation	107
XX.	Gerichtsentscheidungen nach dem 2. Weltkrieg	107
XXI.	Die Auflösung der Sowjetunion	107
	1. Der Auflösungsprozeß in den Jahren 1990 und 1991	107
	2. Die Schuldenregelung	110
XXII.	Die Auflösung der Tschechoslowakei 1993	112
§ 7	Die Bedeutung der Staatenpraxis für die Entstehung eines völkerrechtlichen Gewohnheitsrechts im Fall der Staatennachfolge	113
A:	Die Voraussetzungen für die Entstehung von Völkerrechtsgewohnheitsrecht	113
I.	Dualistische Theorie	113
	1. Übung	114
	2. Opinio juris	116
	3. Dogmatische Grundlagen	116
II.	Die monistischen Ansichten	117
III.	Stellungnahme	118
B:	Gewohnheitsrecht im Zusammenhang mit der Staatensukzession	118
I.	Rechte an Sachvermögen	119
II.	Konzessionsverträge	120
	1. Die Achtung der Konzession als privates Recht	120

2.	Die Achtung der Konzession in ihrem öffentlich-rechtlichen Teil	123
III.	Sonstige vertragliche Verbindlichkeiten	124
IV.	Staatsschulden	125
1.	Die allgemeine Staatsschuld	126
2.	Die lokalisierten Schulden	126
3.	Besonderheiten im Zusammenhang mit der Dismembration	128
V.	Zwischenergebnis und Stellungnahme	128
1.	Zwischenergebnis nach Analyse der Staatenpraxis	128
2.	Stellungnahme zu einzelnen Lehrmeinungen	129
§ 8	Der Schutz wohlervorbener Rechte des Privaten aus vertraglichen Verpflichtungen des Vorgängerstaates	130
A:	Voraussetzungen für das Eingreifen des völkerrechtlichen Schutzes	131
I.	Der Erwerb der Rechtsposition	131
1.	Der verfahrensmäßige Abschluß des Rechtserwerbs	131
2.	Ermessen des staatlichen Vertragspartners	132
3.	Das Vorliegen von Bedingungen und die Ausführung des Vertrages	133
4.	Der Bestand der Rechtsposition	135
5.	Nachweis des Erwerbs und Zwischenergebnis	136
II.	Besonderheiten bei Verträgen mit Staatsunternehmen	136
1.	Vertrauensschutz	137
2.	Hoheitliche Aufgaben	137
3.	Völkerrechtliche Verantwortlichkeit	137
4.	Maßnahmen des Staates	137
5.	Rechtsmißbrauch	138
6.	Zwischenergebnis	138
III.	Der Inhaber des wohlervorbenen Rechts	138
B:	Der positive Umfang des Schutzes wohlervorbener Rechte	139
I.	Der allgemeine völkerrechtliche Eigentumsschutz	140
1.	Entziehung nur im öffentlichen Interesse	141
2.	Diskriminierungsverbot	142
a)	Ungleichbehandlung von Angehörigen verschiedener Staaten	142
b)	Ungleichbehandlung von In- und Ausländern	142
3.	Rechtsmißbrauchsverbot, Entschädigungspflicht und Rechtsverweigerung	144
II.	Sukzessionsrechtliche Besonderheiten des völkerrechtlichen Eigentumsschutzes im Hinblick auf Geldschulden	145
C:	Die Grenzen des Schutzes wohlervorbener Rechte	148
I.	Enteignung	148
II.	Aufhebung und Erlöschen von Rechtspositionen ohne Entschädigung	149
1.	Persönliche Dienstleistungsverträge	150
2.	Odiöse Verbindlichkeiten, Ansprüche aus Delikt und sonstige Schadensersatzansprüche	150
a)	Odiöse Verbindlichkeiten	150
b)	Ansprüche aus Delikt	151
c)	Sonstige Schadensersatzansprüche	152

3.	Rechtsbegründung bei Bösgläubigkeit des Vorgängerstaates	152
4.	Beendigung des Vertrages wegen Veränderung der Umstände	153
a)	Öffentlich-rechtliche Verträge des Vorgängerstaates	153
b)	Die Veränderung privater Rechtspositionen wegen Veränderung der gesellschaftlichen Umstände	154
III.	Die Veränderung von wohl erworbenen Rechten durch den Nachfolgestaat	157
1.	Anpassung von Rechtspositionen an das Rechtssystem des Nachfolgestaates	157
2.	Besondere Probleme im Zusammenhang mit der Übertragung von Verbindlichkeiten auf Kapitalgesellschaften	159
a)	Übertragung auf Kapitalgesellschaften im allgemeinen	159
b)	Besonderheiten im Zusammenhang mit Verträgen von Staatsunternehmen ehemaliger sozialistischer Staaten, insbesondere der DDR	160
3.	Gemischte Rechtsverhältnisse	162
D:	Der geschützte Personenkreis	163
I.	Völkerrechtssubjektivität des Individuums und Individualschutz	163
1.	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte	166
2.	Europäische Menschenrechtskonvention	167
a)	Schutzumfang	168
b)	Individualschutz	171
3.	Die Amerikanische Menschenrechtskonvention	171
4.	Die Afrikanische Charta der Menschenrechte	171
5.	Zwischenergebnis	172
II.	Inländerschutz	173
1.	Inländerschutz nach Völkerrecht	173
2.	Inländerschutz im Rahmen regionaler Menschenrechtspakte	174
E:	Sonderprobleme im Zusammenhang mit der Bildung oder dem Eintritt in einen Bundesstaat	174
F:	Zusammenfassung	176
G:	Ein Anwendungsbeispiel: Das Schicksal von "Auslandpatenten" und Erfinderscheinen in der ehemaligen Sowjetunion	177
I.	Die rechtliche Ausgestaltung des Erfinderschutzes vor der Sukzession	178
II.	Die Auswirkungen der Staatensukzession auf den Erfinderschutz	181
1.	Patente und "Erfinderscheine" als wohl erworbene Privatrechte	181
2.	Der Schutz von erteilten "Erfinderscheinen" und Patenten	181
a)	Patente von Privatpersonen	182
b)	Patente des Staatlichen Erfindungsfonds	182
c)	Der Schutz früher erteilter "Erfinderscheine"	183

3.	Der Schutz von beantragten Schutzrechten	183
a)	Anträge auf Erteilung eines Patentes für eine Privatperson	184
b)	Anträge auf Erteilung eines Patentes für den Staatlichen Erfindungsfonds	184
c)	Anträge auf Erteilung eines "Erfinderscheines"	184
§ 9	Schutz des Privaten außerhalb des völkerrechtsgewohnheitsrechtlichen Eigentumsschutzes	184
A:	Investitionsschutzverträge	185
B:	Vertragliche Sicherungsvereinbarungen des Privaten mit seinem Heimatstaat	186
I.	Ausfuhrbürgschaften und Ausfuhrgarantien	187
II.	Bundesgarantien für Kapitalanlagen	188
§ 10	Besondere Probleme der "State Contracts" im Zusammenhang mit der Staatennachfolge	188
A:	Die Theorie des beschränkt völkerrechtlichen Vertrages	190
I.	Der theoretische Ansatz	190
II.	Die Auswirkungen der Theorie des beschränkt völkerrechtlichen Vertrages im Zusammenhang mit der Staatennachfolge	191
B:	Die vertragsabhängigen Rechtsordnungen	193
I.	Die Lehre von der <i>lex contractus</i>	193
II.	Die kollisionsrechtlichen Ansätze	193
1.	Die kollisionsrechtliche Lösung	193
2.	Die Theorie der kollisionsrechtlichen Internationalisierung	194
III.	Die Auswirkungen im Zusammenhang mit der Staatennachfolge	195
C:	Die Lehre von der <i>lex mercatoria</i>	195
I.	Der theoretische Ansatz	195
II.	Kritik an der <i>lex mercatoria</i>	196
D:	Die Anwendung der "Allgemeine Rechtsgrundsätze" auf den Vertrag	197
E:	Zwischenergebnis	198
§ 11	Besondere Probleme im Zusammenhang mit "neuen" Staaten	198
A:	Die Rechtslage bei Überleitungsabkommen	198
B:	Die Rechtslage ohne Überleitungsabkommen	199
I.	Überblick über die Lehrmeinungen	199
II.	Die Geltung des Völkerrechtsgewohnheitsrechts für Neustaaten	201
§ 12	Die Regelungen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung von Deutscher Demokratischer Republik und Bundesrepublik Deutschland	204
A:	Die Auswirkungen der Wiedervereinigung auf die Deutsche Demokratische Republik	204
I.	Rechtslage vor dem 3. Oktober 1990	204
1.	Deutsche Demokratische Republik	205
2.	Bundesrepublik Deutschland	205
II.	Rechtslage nach dem 3. Oktober 1990	206

B: Völker- und sukzessionsrechtliche Qualifizierung der deutschen Wiedervereinigung	207
I. Keine Dismembration der Deutschen Demokratischen Republik in die fünf Länder	207
II. Qualifizierung der Wiedervereinigung als Staatenfusion	209
III. Qualifizierung als Einverleibung/Annexion	210
C: Anwendbarkeit völkerrechtlicher Regeln im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung	211
I. Die Geltung völkerrechtlicher Regeln kraft Bundesrechts	212
1. Die innerstaatliche Geltung der "allgemeinen Regeln des Völkerrechts" über Art. 25 GG	212
2. Der Anspruch des Bundesbürgers auf Gleichbehandlung mit Ausländern aus Art. 3 GG	216
II. Zwischenergebnis	218
D: Der Einigungsvertrag	218
I. Universalsukzession	219
II. Einzelsukzession	220
1. Art. 26, 27 EVertr. und Arbeitsverhältnisse	220
2. Art. 23 EVertr.	220
3. Art. 24 EVertr.	221
4. Art. 21 und 22 EVertr.	221
5. Volkseigenes Vermögen zur Wohnungsversorgung	223
6. Art. 29 EVertr.	223
7. Art. 25 EVertr. i. V. m. § 11 Abs. 2 TreuhandG.	223
8. Das auf Altverträge anwendbare Recht	223
a) Materiellrechtliche Übergangsregelungen	224
b) Kollisionsrechtliche Übergangsregelungen	224
E: Die Vertragsanpassung von Altverträgen im Bereich der fünf neuen Bundesländer	228
I. Anpassungsregelungen des Einigungsvertrages	228
1. Miete und Pacht	229
2. Bankverträge	229
3. Die Neufestsetzung von Preisen gem. § 32 DMBilG	230
4. Außenwirtschaftsverträge	232
II. Die Vertragsanpassung gem. § 242 BGB	232
F: Zusammenfassung und die Behandlung nicht geregelter Sachverhalte	236
§ 13 Schlußbetrachtungen	237
Anlage I:	241
Anlage II:	243